

„Zentrales Personenstandsregister“

ADV e-Government Konferenz
Graz, 19./20. Juni 2012

Mag. Michael FUCHS

Mag. Markus POPOLARI

BM.I – Bundesministerium für Inneres



ZPR - Zentrales Personenstandsregister

Themen

Rahmenbedingungen

Das Projekt

Ziele

Technik

ZPR – Rahmenbedingungen

Resolution des Städtetages 2005

Äußerung des Wunsches nach einem zentralen Personenstandsregister

Beschluss des Ministerrates

Ministerrat vom 11. Mai 2010 (MR 60/32)

Das Bundesministerium für Inneres wurde beauftragt die Voraussetzungen für die Umsetzung eines zentralen Personenstandsregisters in Kooperation mit den Ländern und Kommunalverbänden zu schaffen.

Projektauftrag der Bundesministerin für Inneres

Prüfung der Rahmenbedingungen in einem Vorprojekt („Big Picture“)

Projekt unter Einbeziehung der betroffenen Organisationen und Institutionen einberufen

Ministerratsvortrag über Errichtung eines ZPR am 5. Juli 2011 (MR 108/32)

ZPR – Das Projekt (I)

Projektauftrag

Konzeption und Errichtung eines zentralen Personenstandsregisters

Einbindung der Staatsbürgerschaftsevidenz

Breite Einbindung der betroffenen Organisationen

Möglichkeit des Weiterbestehens lokaler Anwendungen

Geplanter Einsatztermin: 1. April 2013

ZPR – Ziele (I)

Projektbeschreibung/Ziele

Erhöhung der Datenqualität und der Datenaktualität

Sofortige Nutzung der Daten durch andere Personenstandsbehörden und Evidenzstellen

Steigerung der Datenauffindbarkeit

Zentrale Verarbeitung statt Verteilung auf Bücher und Evidenzen bei mehreren Behörden (keine Fortführung der Bücher)

Effizienzsteigerung

z.B. durch automationsunterstützte Abwicklung von Verständigungen

One-Stop-Shop für die Bürgerinnen /Bürger

nur ein Behördenkontakt durch Zusammenlegung der Daten in einem Register

ZPR – Ziele (II)

Projektbeschreibung/Ziele

Wegfall des Urkundennachweises bei der Behörde

Registerdaten gelten als beurkundet

Zugang zu Dokumenten für die Bürgerin/den Bürger unabhängig vom Ort

Freie Wahl der Behörde durch Zugriffsmöglichkeit aller Personenstandsbehörden auf zentrale Daten

Umsetzung des E-Governmentgedankens (bPK-Konzept)

Eindeutige Personenkennung, Möglichkeit der Entwicklung von Online-Diensten für Bürgerinnen/Bürger

Änderungsdienst

Automatisierte Übernahme der Änderung von Personendaten in anderen Registern

ZPR – Technik (I)

Entwicklung

Eigenentwicklung des BM.I

Verwendung des bestehenden Know-hows der Abteilung IV/2 im Registerbereich und Übernahme bewährter Konzepte (zB Historisierungskonzept des ZMR)

Umgebung

Java-Anwendung, Datenbank DB2

Schnittstellen

XML-Schnittstellen für Verwendung des ZPR mittels lokaler Lösungen

Zusätzlich XML-Schnittstellen für Vielzahl an Datenlieferanten und -empfänger (zB Krankenanstalten, Bürgerkartenlösungen, etc.)

Grundlage: Portalverbundprotokoll

ZPR – Technik (II)

Datenübernahme

Datenmigration

Möglichkeit für Gemeinden, bestehende elektronische Daten ins ZPR zu migrieren
(~ 20 Mio. Datensätze vorhanden)

Nacherfassung

Im Anlassfall und auf Antrag erfolgt Nacherfassung aus den Büchern ins ZPR

E-Government

Bestehende Konzepte werden beibehalten

bPK unverändert über Stammzahlenregister anzufordern

Register für natürliche Personen

ZPR schließt die letzte vorhandene Lücke im Bereich des Identitätsmanagement

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Mag. Michael Fuchs & Mag. Markus Popolari
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7

1014 Wien

Tel: +43-(0)1 53126

michael.fuchs@bmi.gv.at

markus.popolari@bmi.gv.at

